

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Rubrik: Die kurze Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das wären die richtigen Zahlen

■ ■ ■ ■ Nach Ansicht des SGB braucht es zur Ankurbelung der Wirtschaft mehr als den Investitionsbonus von 250 Millionen Franken. Die Nationalbank soll den Spielraum zur Lockerung der Geldpolitik ausnützen, damit die Tendenz zur Zinssenkung verstärkt werden kann. Um die Wirtschaftskrise nicht zu verschärfen, ist im weiteren die Erhaltung der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen sowie der Pensionierten wichtig. Der SGB begrüsst es, dass der Bundesrat die Weiterbildung für Arbeitslose intensivieren und Anreize für Arbeitslosenbeschäftigungsprogramme geben will. Er anerkennt auch, dass die Verlängerung der Bezugsberechtigung der Arbeitslosentagelder von jetzt maximal 300 auf 400 Tage für viele Arbeitslose eine tatsächliche Erleichterung bedeutet. Das Ausmass dieser Erweiterung genügt aber nicht. Vehement wehrt sich der SGB dagegen, dass die Arbeitslosentagelder von 80 auf 70 Prozent des versicherten Verdienstes gekürzt werden. Dagegen befürwortet der SGB das Anheben der Arbeitslosenbeiträge auf 2 Prozent und verlangt darüber hinaus, dass die Plafonierung der Beitragspflicht bei heute rund 100 000 Franken Jahreseinkommen massiv angehoben wird. Das würde einige hundert Millionen Franken von den Empfängern hoher Einkommen zugunsten der Arbeitslosen umlagern, ohne dass jemand deswegen in materielle Schwierigkeiten käme. ■ ■ ■ ■

SGB-DV: Beschäftigung auch mit Investitionen im sozialen und Umweltbereich ankurbeln

■ ■ ■ ■ Die SGB-Delegierten verlangten vom Bund vermehrte Investitionen in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen. Der Investitionsbonus des Bundes soll gelten für Gemeinden, die ihre Liegenschaften erneuern und unterhalten wollen, die Kinderbetreuungsstellen schaffen oder im Umwelt-, Kultur-, Energie- und Entsorgungsbereich investieren wollen. Gefordert wurde u.a. auch eine verbesserte Weiterbildung und eine aktive Technologie- und Forschungspolitik des Bundes. Es soll also nicht nur gebaut werden, damit wieder mehr Menschen Arbeit finden. ■ ■ ■ ■

Protest und Solidarität

■ ■ ■ ■ Tausende von Menschen fanden sich am 22. Oktober in verschiedenen Städten zusammen, namentlich in Zürich, Basel und Winterthur, um gegen Lohnabbau und Deregulierung zu protestieren. Viele ArbeitnehmerInnen aus dem privaten Sektor, wo vertraglich Erreichtes in Frage gestellt wird, solidarisierten sich mit den «Öffentlichen». Diese sprachen von Warnstreiks, wenn das Deregulierungsfieber weiter um sich greifen sollte. ■ ■ ■ ■

Zwei neue Gesichter beim SGB

■ ■ ■ ■ Der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) hat an seiner Sitzung vom 21. Oktober 1992 in Bern Dr. Serge Gaillard und Pietro E. Cavadini zu neuen Sekretären des SGB gewählt. Der 37-jährige Zürcher Ökonom Serge Gaillard wird Nachfolger von Beat Kappeler, Pietro Cavadini ersetzt Informationschef Arnold Isler, der Ende Februar 1993 in Pension gehen wird. ■ ■ ■ ■

Gegen Nullofferte

■ ■ ■ ■ (ak) Offensichtlich nicht viel wert ist für die Baumeister der für die Jahre 1991 bis 1993 abgeschlossene Landesmantelvertrag (LMV). Sie verlangen den Verzicht auf die Realloohnerhöhung von 2,4 Prozent und auf die halbstündige Arbeitszeitverkürzung, die im LMV vereinbart worden sind. Als Teuerungsausgleich wollen sie nur 3 Prozent bezahlen. Die GBI hat an der ersten Verhandlungsrunde vor einer Woche grundsätzlich die Einhaltung des Vertrags verlangt. Angesichts der Baukrise hat sie aber einen Gegenvorschlag unterbreitet, der die Realloohnerhöhung teilweise in Arbeitszeitverkürzung – von einer ganzen Stunde – bzw. vorzeitige Altersentlastung umwandeln, teilweise um ein Jahr verschieben und den Vertrag bis Ende 1994 verlängern würde. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei jetzt dringend, um die Arbeit auf alle zu verteilen.

Sollten die Baumeister bei den weiteren Verhandlungen an ihrer «Nullofferte» festhalten, will die GBI auf der Einhaltung des Vertrages ohne Abstriche bestehen. Die Mobilisierung im Baugeverbe würde dann massiv erhöht. ■ ■ ■ ■

SMUV-Kongress bewegt sich

■ ■ ■ ■ Auf den Strassen Berns und Veveys fand der eindrücklichste Teil des SMUV-Kongresses anfangs November statt. Die KongressteilnehmerInnen protestierten gegen die Arbeitsplatzvernichtung und die behördliche Lethargie. Eine Delegation überbrachte Bundesrat Delamuraz eine Protestresolution. Verlangt werden darin unter anderem eine ökonomische Wiederbelebung, Beschäftigungsprogramme, Bildungsmassnahmen, ein Aus- und nicht ein Abbau der Arbeitslosenversicherung. Dass es sich bei diesem kämpferischen Auftritt nicht um einen einmaligen PR-Akt handle, versprach Christiane Brunner, neugewählte SMUV-Präsidentin, in ihrer «Regierungserklärung». ■ ■ ■ ■